



Suchergebnisse: Versorgung

500 – Bier aus Getreide und Kräutern

Im frühen Mittelalter brauen die Menschen Bier aus den Getreidesorten, die in ihrer Region verfügbar sind. Dazu zählen Gerste, Hafer, Weizen und Roggen. Die Behauptung, Weizen und Gerste würden erst seit dem 9. Jahrhundert verwendet, trifft nicht zu: Beide Getreidearten dienen bereits in der Antike zur Bierherstellung. Auf dem Land gehört das Brauen häufig zur häuslichen Selbstversorgung und liegt deshalb vielfach in den Händen der Frauen, die zugleich Brot backen und andere Lebensmittel herstellen. Mit der Entstehung klösterlicher und gewerblicher Brauereien sind jedoch zunehmend auch Männer am Brauen beteiligt. Dass ein Sudkessel regelmäßig zur Mitgift einer Braut gehört, ist nicht allgemein belegt.

August 1096 – Zum Überleben müssen die Kreuzfahrer plündern

Naher Osten * Erst die militärisch besser ausgestatteten Kreuzfahrer-Kontingente haben mehr Erfolg. Das zügige Fortkommen der Kreuzfahrer behindern allerdings arme Pilger, die sich ihnen angeschlossen haben. Dadurch erreichen sie Konstantinopel erst Ende des Jahres 1096/Anfang 1097. Nachdem die Kreuzfahrer von der dortigen Bevölkerung feindlich aufgenommen sowie vom byzantinischen Kaiser nur widerwillig unterstützt und nur mit knapp bemessenem Proviant versorgt werden, ziehen sie auf eigene Faust durch Kleinasien weiter. Seit sie islamisches Gebiet betreten haben, gibt es kein funktionierendes System für Versorgung mit Nachschub mehr. Um Überleben zu können, müssen die Kreuzfahrer plündern. Die bewaffneten Pilger besiegen die Türken bei Dorylaeum und Eregli. Nach einem anstrengenden Marsch gelangen sie nach Antiochia. Sie belagern die Stadt siebeneinhalb Monate und schlagen in deren Verlauf zwei muslimische Verstärkungsarmeen.

8. Juli 1506 – Das Primogeniturgesetz legt die Unteilbarkeit Baierns fest

München * Im sogenannten „Primogeniturgesetz“ legt Herzog Albrecht IV. die Unteilbarkeit Baierns fest. Künftig soll nur mehr der erstgeborene Sohn im Baiernland herrschen soll. Für die nachgeborenen Söhne müssen die herzoglichen Familienväter anderswo Einnahmen und Finanzquellen eröffnen. Als sich Baiern während der Gegenreformation nicht nur eindeutig zur katholischen Sache bekennt, sondern auch mit allen Mitteln dafür eintritt, bieten sich zur



standesgemäßen Versorgung die kirchlichen Pfründe für eine Sekundogenitur geradezu an. Gleichzeitig kann damit Baierns politischer Einflussbereich erheblich vergrößert werden. Das Ziel der bayerischen Kirchenpolitik ist der zur Kaiserwahl wichtige Kölner Erzbischofsstuhl und - mit ihm verbunden - möglichst viele Bischofsstühle zwischen Hildesheim und Lüttich, aber auch in Freising und Regensburg.

23. April 1516 – Das gesamtbayerische Reinheitsgebot: Strenge Regeln für die Brauer

Ingolstadt * Auf dem Landtag in Ingolstadt verkünden die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. eine neue Landes- und Polizeiordnung. Die darin enthaltene Landesfreiheitserklärung bestimmt bis zur Aufhebung der landständischen Korporation im Jahr 1808 das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn. Das „Buch der gemeinen Landpolizei, Landesordnung, Satzung und Gebräuche des Fürstentums Ober- und Niederbayern“ enthält auch Vorschriften darüber, „wie das Bier im Sommer und Winter auf dem Land ausgeschenkt und gebraut werden soll“. Dieser Abschnitt wird erst im 20. Jahrhundert als Bayerisches Reinheitsgebot bezeichnet. Das gesamtbayerische Reinheitsgebot übernimmt wesentliche Vorschriften des Münchner Biergesetzes. Es regelt nicht nur die zulässigen Zutaten, sondern auch die Bierpreise und den Ausschank. In neuhochdeutscher Übersetzung lautet der betreffende Abschnitt: „Wir verordnen, setzen und wollen mit dem Rat unserer Landschaft, dass forthin überall im Fürstentum Bayern, sowohl auf dem Lande als auch in unseren Städten und Märkten, die keine besondere Ordnung dafür haben, von Michaeli bis Georgi eine Mass oder ein Kopf Bier für nicht mehr als einen Pfennig Münchner Währung und von Georgi bis Michaeli die Mass für nicht mehr als zwei Pfennig derselben Währung, der Kopf für nicht mehr als drei Heller, bei Androhung der unten angeführten Strafe, gegeben und ausgeschenkt werden soll. Wo aber einer nicht Märzenbier, sondern anderes Bier brauen oder sonst wie haben würde, soll er es keineswegs für mehr als einen Pfennig je Mass ausschenken und verkaufen. Ganz besonders wollen wir, dass forthin überall in unseren Städten, Märkten und auf dem Lande für kein Bier mehr Zutaten als allein Gerste, Hopfen und Wasser verwendet und gebraucht werden sollen. Wer diese unsere Anordnung wissentlich übertritt und nicht einhält, dem soll von seiner Gerichtsobrigkeit zur Strafe dieses Fass Bier, sooft es vorkommt, unnachsichtlich weggenommen werden. Wo jedoch ein Gauwirt von einem Bierbrauer in unseren Städten, Märkten oder auf dem Lande einen, zwei oder drei Eimer Bier kauft und wieder an das gemeine Bauernvolk ausschenkt, soll ihm allein und sonst niemandem erlaubt sein, die Mass oder den Kopf Bier um einen Heller teurer als oben vorgeschrieben auszuschänken.“ Wie stark das Misstrauen gegenüber den Brauern bereits zu dieser Zeit ist, zeigt auch die Verpflichtung zur Eidesleistung. Der Eid soll den mit dem Bierbrauen Beauftragten verdeutlichen, wie ernst die Herzöge die Einhaltung der Vorschriften



nehmen. Darüber hinaus sind die Brauer verpflichtet, Bier „nach Notdurft“, also in ausreichender Menge, herzustellen und damit den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Selbst bei hohen Rohstoffpreisen und geringen Gewinnaussichten dürfen sie die Produktion nicht eigenmächtig verringern. In der ursprünglichen Fassung des Biergesetzes wollten die Herzöge den Brauern noch erlauben, gleichzeitig Einpfennig- und Zweipfennigbier zu brauen. Dabei sollten sie jedoch jeweils nur eine der beiden Sorten ausschenken dürfen. Ein solches Maß an Vertrauen erscheint letztlich zu groß. Deshalb erhält der endgültige Gesetzestext folgende Fassung: „Es sollen auch all Bräuen eins jeden Jahrs auf einem nämlichen Tag, den die Beschauer verkünden, zu denselben Beschauern kommen und ihnen ein jeder Bräu ansagen, was Biers, zu einem oder zweien Pfennigen, er brauen will; dasselbe Bier soll er alsdann ein Jahr nächst folgend ganz ausbrauen und schenken und kein anderes.“ Für diese Regelung ist vor allem die Befürchtung ausschlaggebend, die Brauer könnten unterschiedlich teure Biere miteinander vermischen. Das Reinheitsgebot von 1516 dient somit nicht allein der Festlegung der erlaubten Zutaten. Es soll zugleich die Bierpreise begrenzen, die Versorgung der Bevölkerung sichern und Verstöße der Brauer und Wirte verhindern.

1562 – Die Münchner Bettelordnung regelt die Armenversorgung neu

München * In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ändert sich die Einstellung zu den Armen grundlegend. Martin Luther und später auch die katholischen Reformer lehnen jede Form von Bettel ab und fordern eine Versorgung aller Arbeitsunfähigen auf Kosten der Gemeinde. Dies findet in der letzten rein städtischen Münchner Bettelordnung ihren Niederschlag. Die Armenversorgung wird auf die Basis eines Unterstützungsfonds, dem Stock-Almosen, gestellt. Freiwillige Spenden, Gelder aus Opferstöcken, Sondersammlungen in Kirchen und Klöstern und die Erträge aus den Haussammlungen sollen eine gezielte Versorgung der Armen gewährleisten. Dazu ziehen jeden Freitag vier Biedermänner mit Sammelbüchsen von Haus zu Haus und ersetzen damit die bisher üblichen Bettelgänge der Armen. Die Sammlungen erhalten den Namen Freitagsbrot.

18. Oktober 1566 – Der Freisinger Bischof gibt seine Resignation bekannt

Freising * Da Herzog Albrecht V. seinen zwölfjährigen Sohn Ernst auf einen Bischofsstuhl unterbringen will, gibt der Freisinger Bischof Moritz von Sandizell seine Resignation zugunsten des Prinzen bekannt. Der schmale Streifen Land der „gefreiten Reichsgrafschaft Ismaning“ ist ein empfindlicher Stachel im Fleisch der Wittelsbacher Besitzungen, das diese mit der Besetzung von Bischofsstühlen durch ihre nachgeborenen Söhne auszugleichen versuchen, um ihren



politischen Einflussbereich zu vergrößern und damit die standesgemäße Versorgung ihrer Zweitgeborenen zu erreichen.

1572 – Eine neue Bettelordnung wird veröffentlicht

München * Eine neue Bettelordnung wird veröffentlicht. In ihr zeichnet neben dem Rat der Stadt erstmals auch der Landesherr verantwortlich. Unter dem Einfluss Herzog Albrechts V. wird in dem Gesetzeswerk ein absolutes Bettelverbot ausgesprochen. Wirte und allen Einwohnern war die Beherbergung nichtansässiger Bettler verboten. Den Bettelrichtern zahlt man Fangprämien und den Festgenommenen drohen schwere Strafen. Im besten Fall ihre Ausweisung, im schlimmsten Fall aber Hängen. Doch schnell wird klar, dass sich in München ein absolutes Bettelverbot und die Versorgung der Armen aus der Gemeindekasse nicht verwirklichen lassen. Die Einnahmen der Sammlungen reichen einfach nicht aus. Sondersieche, also mit ansteckenden Krankheiten Behaftete, und Blinde haben sich mit Betteln zu ernähren, da sie keine Arbeit finden können. Außerdem sammeln die „Biedermänner“ das „Freitagsbrot“ nun zusätzlich am Mittwoch.

1576 – In Mailand bricht die Pest aus

Mailand * In Mailand bricht die Pest aus und fordert tausende Tote. Behörden und Adel fliehen teilweise aus der Stadt, um sich zu schützen. Die soziale Ordnung droht zusammenzubrechen: Versorgung, Pflege und religiöses Leben kommen weitgehend zum Erliegen. Erzbischof Carlo Borromeo bleibt bewusst vor Ort, organisiert persönliche Krankenbesuche, spendet Sakramente an Sterbende, geht selbst in besonders betroffene Viertel und versteht das als Pflicht eines Bischofs gegenüber seiner Diözese. Das wird später als Zeichen pastoraler Verantwortung interpretiert und trägt entscheidend zu seinem Ruf als Heiliger bei.

3. Mai 1586 – Herzog Ferdinand von Baiern lässt in Neudeck ein Brunnwerk erbauen

Au * Herzog Ferdinand von Baiern lässt zur Versorgung des großen Brunnens in seinem Münchner Garten am Neudeck ein Brunnwerk erbauen. Außerdem kauft er die Neudecker Weiher. Die Unterhaltung der Fischerei unterstand dem Hoffischer.



1587 – Die Brunnwerke am Lilienberg und im Brunnthal gehen in Betrieb

Au - Haidhausen * Die herzoglichen Brunnwerke am Lilienberg und im Brunnthal gehen in Betrieb.

1600 – Vollständige Erneuerung des „Isarberg-Brunnhauses“

Au * Die durchgeführte vollständige Erneuerung des „Isarberg-Brunnhauses“ verschlingt über 5.000 Gulden.

1690 – Enrico Zuccalli plant die Josephsburg in Berg am Laim

Berg am Laim * Enrico Zuccalli legt einen ersten Entwurf für die Josephsburg vor. Kurfürst Joseph Clemens von Köln findet jedoch erst am zweiten Bauplan Gefallen, der „mit allen Außenwerken und Fortifikationen“ ausgestattet ist. Die einzig bekannte Darstellung der Josephsburg hat sich auf einem Kupferstich von Michael Wening aus dem Jahr 1701 erhalten, auf dem im Vordergrund das Hofmarkschloss Berg am Laim zu sehen ist. Das Lustschloss in Berg am Laim ist von einer festungsartigen Mauer umgeben, die zusätzlich von einem Wassergraben umschlossen wird. Die Wasserversorgung erfolgt über den eigens umgeleiteten Hachinger Bach. Dazu erteilt der Kölner Fürstbischof persönlich dem Perlacher Amtmann den Auftrag, „daß selbiger Bach, welcher sich sonst unterhalb Perlach auf dem churfürstlichen großen Hofanger mit dessen Bewässerung geendet und gänzlich verschwunden, nunmehr tatsächlich bis Berg geleitet und dort geführt werde“. Solche Fortifikationsanlagen dienen zu dieser Zeit häufig als repräsentativer Rahmen für Lustgärten. Denn eine kleine kurkölnische Festung mitten im bairischen Feindesland hätte militärisch wohl kaum lange Bestand. Die Festungsanlage ist quadratisch angelegt, wobei das Geviert der Wälle ohne Bastionen 84 x 84 Meter beträgt. Das Maß an den Spitzen der Basteien erreicht sogar 170 x 170 Meter. Die Josephsburg wird von Westen über das Münchner Tor betreten, wozu man zuvor eine Brücke überschreiten muss. Im Osten liegt das Gartentor, das auf die Felder hinaus führt. Direkte Zugänge von Süden oder Norden zur Josephsburg gibt es nicht. Im Westen ist ein befestigter Platz angelegt worden. Im Osten befindet sich eine Gartenanlage. Schloss und Garten bilden in der Barockarchitektur eine untrennbare Einheit. Sowohl von Kurfürst Joseph Clemens, wie auch von Kurfürst Clemens August ist bekannt, dass sie begeisterte Anhänger der französischen Gartenbaukunst sind und für ihre rheinländischen Schlösser die besten Gartenarchitekten ihrer Zeit beschäftigen. So kann man unterstellen, dass es auch in der Berg am Laimer Schlossanlage einen französischen Garten von erlesener Qualität gegeben haben muss. Die Michaels-Kapelle befindet sich im



nördlichen Pavillon der Josephsburg. Der Altar steht vor der Ostwand und liegt durch die beidseitig angebrachten Fenster im Gegenlicht. Der zweistöckige, rechteckige Saal ist von den besten Bildhauern und Malern ausgestattet worden. Das Altargemälde zeigte „Michaels Triumph über Lucifer“. Den Altar in der Michaels-Kapelle der Josephsburg schmückten zusätzlich Figuren der Erzengel Raphael und Gabriel sowie die Heiligen Rochus und Sebastian. Das Hofmarkschloss Berg am Laim und die Josephsburg liegen bis etwa 1850 in weitgehend unbebautem Gelände und sind daher vom Hochufer der Isar aus weithin sichtbar.

5. Mai 1705 – Die Landbevölkerung ist am stärksten betroffen

Wien * Kaiser Leopold I. stirbt in Wien. Sein 27-jähriger Sohn Joseph I. wird zum Kaiser gewählt. Der neue Herrscher des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation will, dass „auf Baiern keine andere reflexion zu machen sein, als selbiges in soweit genießen zu können, das es hinkünftig dem Churfürsten Unnütz seyn solle“. Von dieser Politik ist die Landbevölkerung am stärksten betroffen. Sie hat - neben den drastischen Steuererhöhungen - besonders unter den drückenden Quartierlasten und den Schikanen der hier stationierten oder durchmarschierenden kaiserlichen Regimenter zu leiden. Hinzu kommt die Disziplinlosigkeiten und Exzesse der Soldaten, die der Landbevölkerung oft zusätzliche Leistungen abpressten. Die Bauern müssen für die Militaristen Dirnen besorgen und bezahlen. Häufig zwingt man sie bei Vergewaltigungen der eigenen Frau, der Töchter und Anverwandten zuzusehen. Selbst von jungen Mädchen und Schwangeren nehmen die Soldaten keinen Abstand. Plünderungen gefährden die Lebensmittelversorgung der ländlichen Bevölkerung und der Bewohner der Städte.

16. Dezember 1794 – Der Streik weitet sich aus

München * Fast alle Zünfte schließen sich dem Streik an. Arbeitswillige Gesellen werden zum Teil mit Gewalt an ihrer Tätigkeit gehindert. Auch die Meister legen die Arbeit nieder. Zwischen 4.000 und 5.000 Handwerker streiken und gefährden damit die Versorgung Münchens.

14. April 1795 – Ein Armenversorgungshaus in der ehemaligen Sternwarte

Haidhausen * Die Brüder Peter Paul und Franz Joseph von Schneeweiß verkaufen die ehemalige Sternwarte an die Münchner Armendeputation. Diese will darin ein Armenversorgungshaus eröffnen.



6. April 1796 – Das Armenversorgungshaus auf dem Gasteig wird bezogen

Haidhausen * Im Armenversorgungshaus auf dem Gasteig werden die ersten Pfründner untergebracht.

1808 – Die Vorstadt Au erhält eine Wasserleitung

Vorstadt Au * Die Vorstadt Au erhält eine Wasserleitung. Bis dahin entnehmen die Auer das Wasser dem Mühlbach, dem Grundwasser oder Zisternen.

1833 – Die Suppenschule in der Auer Armen-Industrie-Schule

Vorstadt Au * Zur Auer Armen-Industrie-Schule gehört eine Suppenschule, die 235 Kinder zwischen fünf und fünfzehn Jahren betreut. Bereits im zweiten Jahr ihres Bestehens gibt die Einrichtung 52.633 Suppenportionen aus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung bedürftiger Kinder. Die Mahlzeiten werden täglich um zwölf Uhr im gemeinsamen Speisesaal ausgegeben. Durch das Essen an einer gemeinsamen Tafel verfolgt die Schule neben der Versorgung der Kinder auch erzieherische Ziele. Nach den Vorstellungen der Zeit sollen dabei Reinlichkeit, Disziplin und ein angemessenes Verhalten bei Tisch gefördert werden.

1837 – Ein eigenes Gebäude für die Armen-Industrie-Schule in der Au

Vorstadt Au * Der Magistrat der Vorstadt Au lässt am Mariahilfplatz 8 ein eigenes Gebäude für die Armen-Industrie-Schule errichten. Neben der Verpflegung in der Suppenschule erhalten besonders bedürftige Kinder auch Kleidung und andere notwendige Unterstützung. Im Mittelpunkt der Einrichtung steht jedoch nicht die materielle Versorgung, sondern die Erziehung zur Arbeit. Nach dem Unterricht am Nachmittag bleiben die Kinder in der Schule und gehen dort verschiedenen nützlichen Beschäftigungen nach. Erst am Abend kehren sie in ihre Familien zurück. Nach dem pädagogischen Verständnis der Zeit sollen sie auf diese Weise zu Fleiß, Disziplin und einem geregelten Tagesablauf erzogen sowie von Verwahrlosung und schädlichen Einflüssen ferngehalten werden.

9. Mai 1849 – Brotversorgung nach dem Maiaufstand



Dresden * Nach der Niederschlagung des Dresdner Maiaufstands stellt Heinrich Jeremias Kreutzkamm den Betrieb seiner Feinbäckerei auf die Herstellung von Brot um. Damit trägt das Unternehmen zur Sicherung der Brotversorgung der Dresdner Bevölkerung bei.

30. September 1854 – Die Cholera ist in München erloschen

München * Das Komitee zur Beschließung von Maßnahmen gegen die epidemische Brechruhr beschließt, dass die Cholera in München erloschen ist. Nur drei Ärzte stimmen dagegen. Alle ärztlichen Besuchsanstalten werden geschlossen, die Suppenanstalten wieder auf vier reduziert. Die ärztliche Versorgung in den Vorstädten wird eine Woche länger aufrecht erhalten. 2.143 von rund 114.000 Münchner Einwohnern fallen bis dahin der sogenannten Kalten Pest zum Opfer, das sind 1,9 Prozent. In den Vorstädten Au, Haidhausen und Giesing sterben 781 von 21.000 Bewohnern, das ist mit 3,7 Prozent eine fast doppelt so hohe Sterbequote. Kinder, Frauen und ältere Menschen machen die Mehrzahl der Opfer aus. In München liegt der Anteil der Frauen bei 45,7 Prozent, der der Kinder unter zehn Jahren bei 19,7 %. In den Vorstädten liegt die Sterblichkeit bei den Frauen bei 39,5 und bei den Kindern bei 25,2 Prozent. An der Cholera sterben stets mehr Frauen als Männer. Das liegt daran, dass Frauen immer einer größeren Infektionsgefahr ausgesetzt sind, da sie die Kranken versorgen und die Wäsche waschen. Während der Anteil der über 60-jährigen Opfer in der Stadt München fast 27 Prozent beträgt, sind es in den Vorstädten „nur“ 17,7 Prozent. Das liegt aber an der wesentlich geringeren Lebenserwartung. In Haidhausen wird fast kein Haus von der Cholera verschont. Hier liegt die Sterbequote bei 4,8 Prozent. Darunter sind 57 Mütter und 42 Väter, wodurch 102 Kinder einen Elternteil verlieren. Zwanzig Kinder werden zu Vollwaisen. Von den in der Strafanstalt in der Au einsitzenden 541 Häftlingen sterben 63, gleich 11,6 Prozent.

1857 – Xaver Hierl sichert die Brennstoffversorgung

München-Graggenau - Eichenried * Franz Xaver Hierl erwirbt in Eichenried ein Anwesen mit Wohnhaus, Stall und Stadel. Mit dem Kauf sichert er sich zugleich den Zugang zu den dortigen Torfvorkommen. Torf dient zu dieser Zeit als wichtiger Brennstoff für die Münchner Brauereien und wird auch für den Betrieb des Zengerbräu benötigt. Der Erwerb trägt damit zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung der Brauerei bei.

21. November 1859 – Die Kreisirrenanstalt in der Hochau wird eröffnet.



München-Au * Die Kreisirrenanstalt für Oberbayern wird eröffnet. Das neue Nervenkrankenhaus liegt bei ihrer Errichtung in einem völlig unbebauten Gebiet zwischen der Rosenheimer- und der Auerfeldstraße. Unter der Leitung des Obermedizinalrats Dr. Bernhard von Gudden gilt die Einrichtung als Musteranstalt. Der quadratische Gebäudekomplex hat vier Höfe. Die Länge der Flügelbauten betragen hundert Meter. Im Südflügel sind die Verwaltungsräume, in der Mittelachse die Küche, die Anstaltskapelle mit Werkstätten ist im Erdgeschoss, ebenso eine Turnhalle mit dem zentralen Bad und den Beschäftigungsräumen.

In den beiden südlichen, nur auf drei Seiten geschlossenen Höfen sind die „ruhigen Irren“, in den beiden nördlichen geschlossenen Höfen die „unruhigen Kranken“ untergebracht. Die Zimmer der „ruhigen“ Patienten liegen außen. Die Räume der „unruhigen“ Kranken sind genau umgekehrt angeordnet. Nur die Fenster und Türen im Erdgeschoss haben Gitter und da sie die Form der rundbogigen Fenster aufnehmen, bleiben sie relativ unauffällig. Die Anlage um die vier Höfe entspricht den zeitgemäßen Forderungen nach Trennung der Patienten nach Geschlechtern und der Schwere ihrer Erkrankung. Eine Trennung nach Klassen ist nicht vorgesehen. Die Beschäftigten der Kreisirrenanstalt finden allerdings keine mustergültigen Arbeitsbedingungen vor. Das Pflegepersonal untersteht der Gesindeordnung. Es gibt weder eine Pflegequote, noch Urlaubsregelungen oder eine Altersversorgung für die Pflegekräfte. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt einhundert Stunden und mehr. Der Dienst beginnt um 5:00 Uhr und endet um 21:00 Uhr. Selbst verheiratete Pfleger müssen in der Anstalt schlafen und dürfen nur einen Nachmittag pro Woche bei ihren Familien verbringen. Durch das rapide Bevölkerungswachstum der Stadt - München wächst vom Jahr 1854 von 100.000 Einwohnern auf fast 500.000 im Jahr 1900 - kommt es in der Kreis-Irrenanstalt zu einer über fünfzigprozentigen Überbelegung und wird unter diesen Umständen den Bedürfnissen nicht mehr gerecht.

6. Dezember 1862 – Das Gasteig-Spital wird eingeweiht

München-Haidhausen * Das neuerbaute Gasteig-Spital - an der Stelle des ehemaligen Armenversorgungshauses - wird eingeweiht.

1867 – Arnold Zenetti übernimmt als Baurat die Leitung des Stadtbauamts

München * Der inzwischen zum Oberingenieur ernannte Arnold Zenetti übernimmt als Baurat die Leitung des Stadtbauamts. Nun besteht für ihn die Möglichkeit, einmal gefasste Ideen und Bauvorhaben in die Tat umzusetzen. Max von Pettenkofer's leidenschaftliche Forderungen und Vorschläge, München endlich zur colera- und typhusfreien Stadt zu machen, fallen bei Arnold Zenetti auf fruchtbaren Boden und finden in ihm einen energischen Unterstützer. Es beginnt eine



fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Männer, zu denen sich ab dem Jahr 1870 noch der Erste Bürgermeister von München, Alois von Erhardt, hinzugesellt. Die gewaltigen Aufgaben, denen sich die Drei stellten, sind die Errichtung einer neuzeitlichen Kanalisation, verbunden mit einer einwandfreien zentralen Wasserversorgung sowie der Errichtung eines städtischen Vieh- und Schlachthofs. Dadurch können die mehr als achthundert Schlachtstätten der Metzgereien, die in denkbar unhygienischer Art und Weise arbeiten, geschlossen werden.

1867 – Das Ende der Holz-Wasserrohre

München-Angerviertel * Die letzten Holzwasserrohre werden am Oberanger gegen Metallrohre ausgetauscht.

19. September 1870 – Der Belagerungsring um Paris ist geschlossen

Paris * Der Belagerungsring um Paris ist geschlossen. Paris gilt zu diesem Zeitpunkt als „die am stärksten befestigte Stadt der Welt“. Die Stadt ist von einer zehn Meter hohen und sechs Meter breiten Mauer umgeben, die unter dem Bürgerkönig Louis Philipp nach 1830 erneuert worden war. Aber noch viel wichtiger als die Mauern sind die 16 Forts, die mit ihren Artilleriestellungen einen Schutzring von 53 Kilometern Länge um die Stadt bilden. Für die belagernde Armee bedeutete das, dass sie einen Einschließungsring von mindestens achtzig Kilometer bilden muss.

Nun kappen die Belagerer die Telegraphenleitungen nach Paris, sodass die Kommunikation mit dem restlichen Land nur mit Brieftauben aufrecht erhalten werden kann. Es kommen keine Vorräte mehr in die Stadt, in der sich über zwei Millionen Menschen befinden. Die deutsche Heeresführung geht davon aus, dass die Versorgung der Stadt sechs Wochen hält, danach muss Paris kapitulieren. Die Belagerung mit preußischen und süddeutschen Truppen wird bis zum 28. Januar 1871 dauern.

1873 – Hygienische Maßnahmen der Stadtsanierung werden durchgeführt

München * Dritte „Cholera-Epidemie“ bricht in München aus. Sie führt zur Umsetzung der von Professor Max von Pettenkofer vorgeschlagenen hygienischen Maßnahmen der Stadtsanierung: den Bau der „Schwemmkanalisation“, einer „zentralen Wasserversorgung“ und dem zentralen „Schlacht- und Viehhof“. Damit wird München, als eine der schmutzigsten Städte die „sauberste Stadt Europas“.



9. November 1873 – Die dritte Cholera-Epidemie bricht in München aus

München * Die dritte Cholera-Epidemie bricht zwischen 9. und 15. November in München aus. Sie wütet am Schlimmsten bis April 1874 und wird bis 1875 andauern. Obwohl die Seuche diesmal vergleichsweise glimpflich abläuft, werden dennoch etwa 1.400 Münchner an der Cholera sterben. Sie führt zur Umsetzung der von Professor Max von Pettenkofer vorgeschlagenen hygienischen Maßnahmen der Stadtsanierung: den Bau der Schwemmkanalisation, einer zentralen Wasserversorgung und dem zentralen Schlacht- und Viehhof. Damit wird München, als eine der schmutzigsten Städte die „sauberste Stadt Europas“.

1874 – Die Planungen für eine zentrale Wasserversorgung beginnen

München * Die Planungen für eine zentrale Wasserversorgung Münchens beginnen.

1875 – Die Münchner Trinkwasserversorgung

München * Die städtischen Brunnwerke speisen 60 öffentliche Brunnen und 2.203 Häuser. Auf die Hofbrunnwerke fallen neun öffentliche Brunnen und 960 Häuser. Das Rohrsystem ist 120 Kilometer lang. Davon entfallen 80 Kilometer auf die Stadt und 40 Kilometer auf den Hof. Von den 7.382 Anwesen der Stadt sind 4.219, also 57 Prozent, ohne laufendes Wasser.

1879 – Eine Beschreibung Untergiesings

München-Untergiesing * Im Münchner Fremdenblatt sind - 25 Jahre nach der Eingemeindung - über Giesing folgende Zeilen zu lesen: „[...] Viel berechtigter wäre der Ausspruch: Die neue Wittelsbacherbrücke sei über die Isar gebaut, um bei ihrem prächtigen Anblick zu vergessen, welche Enttäuschung folgt, wenn man sie überschritten hat und sich einer Vorstadt nähert. Da wir einmal auf dem Wege sind, wollen wir uns auf dem Schyrenplatz, so genannt zum Andenken der Wittelsbacher Ahnen, weiter wagen; denn es ist Schönwetter und die Police der Unfallversicherung in unserer Tasche. Die Stadt hat aufgehört und liegt hinter uns - das Dorf beginnt, und zwar ein schmutziges Dorf. Lassen wir den Tummelplatz des Rieser und niederbayerischen Federviehs (den Weideplatz der Martinsvögel, die jedoch hier zu jeder Zeit vertilgt werden, wenn sie nur 'gansln'), links liegen und haben wir die blauweiße Tafel passiert, auf der geschrieben steht Gänsemarkt, so kommen wir rechts vor dem Eingang in das eigentliche



Giesing, an eine eigentümliche Fallgrube. Auf unser Befragen hin wurde uns mitgeteilt, das sie die Universalabtrittsgrube der Adjazenten [= Anwohner] weit herum bilde, die in ihren Häusern des allernötigsten Rückzugsortes entbehren, der für alle zivilisierten Völker der notwendigste ist. Gleich neben der Kommunegrube arbeitet die Wasserversorgungsanstalt, welche die Vorstadt mit filtriertem Isarwasser beglückt. Und wieder nur einen Schritt weiter kommen wir an eine Pfütze, an ein Stinkwasser, das von Zeit zu Zeit ein ärgeres Parfüm ausströmt, als alle Böcke von Bar el Maserim - und wahrhaftig diese stinken arg. Giesing hat eine Gemeinschaft mit allen orientalischen Städten, nämlich: man soll sie von weitem anschauen, aber nicht hineingehen. [...]

Links ein eingepflanzter Garten, rechts Holzhütten, in deren Vergleich die Troglodyten [= Höhlenbewohner] noch besser logiert haben, schließen eine Straße ein, zu deren Herstellung respektive Erweiterung schon längst hätte energisch vorgegangen werden müssen - wenn eben Giesing kein Stiefkind der Stadt wäre. Einstimmig muß man von den Giesingern hören: „Wir sind nur gut genug, Steuern und Abgaben zu bezahlen, im übrigen schert sich kein Mensch um uns“. [...] In dem ganzen zur Stadt gehörigen Giesing ist mit Ausnahme der Tegernseer Landstraße kein Trottoir; bei jedem Regen stehen die Tümpel in den Straßen, die nach längerer Zeit die Luft verpesten und die Gesundheit schädigen. Während in den übrigen Vorstädten die Nacht hindurch die bestimmten Gaslaternen noch Licht haben, ist diese Wohltat für die Giesinger nicht gegeben; um 1 Uhr nachts sind alle Lichter gelöscht - um diese Zeit hat eben der Giesinger nichts mehr auf der Straße zu suchen!“

1883 – Die Wasserversorgung aus dem Mangfalltal

München * Die Wasserversorgung aus dem Mangfalltal bringt reines, gesundes Wasser nach München.

1883 – Oskar von Miller verlässt München in Richtung Berlin

München - Berlin * Oskar von Miller verlässt München. In Berlin nimmt er die Aufgabe eines Technischen Direktors bei der Deutschen Edison-Gesellschaft, der späteren Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft - AEG, wahr. Seine Hauptaufgabe besteht im Bau elektrischer Zentralstationen zur Versorgung kleiner Stadtbezirke.

1888 – Der Magistrat macht sich an die Beseitigung des Müllproblems

München * Nachdem die Trinkwasser- und Abwasserproblematik gelöst ist, macht sich der



Magistrat an die Beseitigung des Müllproblems. Um die Entsorgung der Abfälle ist es äußerst schlecht bestellt. Von einer regelmäßigen Sammlung des festen Hausmülls ist man in München noch weit entfernt. Die Bürger werfen ihre Abfälle weiterhin in eine der 2.700 Asche-, Kehr- und Düngegruben, die jährlich mindestens einmal entleert werden müssen. Das war's dann schon, mehr Müllbeseitigung gibt es bis dahin noch nicht.

31. Oktober 1894 – Gründung der Isarwerke GmbH

München * Der Münchner Bauunternehmer Jakob Heilmann, Wilhelm von Finck, Mitinhaber des Bankhauses Merck, Finck & Co. und die Darmstädter Bank für Handel und Industrie gründen mit einem Stammkapital von 2 Millionen Goldmark die Isarwerke GmbH. Sie übernimmt den Betrieb des Drehstrom-Kraftwerks Zentrale I, das spätere Wasserkraftwerk Höllriegelskreuth, nachdem die Stadt München kein Interesse an diesem Projekt gezeigt hat. Die Isarwerke GmbH sind somit das erste regionale Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Deutschland.

1895 – Im Sinne der Sozialdemokratie

München * Die Inbetriebnahme der elektrischen Trambahn ist auch im Sinne der immer stärker werdenden Sozialdemokratischen Partei, die die Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe der Stadt fordert. Damit sind auch die Verkehrsbetriebe und die Straßenbeleuchtung gemeint, die nach ihrer Auffassung der „Privatausbeutung zu entziehen“ waren. Entgegen dem wirtschaftsliberalen Kurs der Stadtgemeinde-Kollegien wollen die Münchner Sozialdemokraten die Zerschlagung der Monopole. Das vor allem deshalb, weil sie in der Straßenbahn ein volksnahes und preisgünstiges Verkehrsmittel sehen.

20. Dezember 1904 – Konzentrationslager als Internierungslager für Unterstützer

Deutsch-Südwestafrika * Das Erscheinungsbild des Krieges gegen die Herero und Nama ist nicht nur durch die eigentlichen Kampfhandlungen geprägt, sondern mindestens ebenso sehr durch die von der Militäradministration errichteten Konzentrationslager. Sie dienen als Internierungslager, in denen auch Stämme aus dem Gebiet des Guerillakampfes festgesetzt werden, um so den Kämpfern den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen. Es sind also keine reinen Kriegsgefangenenlager nach europäischen Standards, sondern werden auch zur Inhaftierung von Frauen, Greisen und Kindern genutzt. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass es sich hierbei um einen Krieg gegen ein ganzes Volk handelte. Die Lebensbedingungen in den



Konzentrationslagern sind völlig unzureichend. Es fehlte an allem, von den Lebensmitteln bis zum Brennmaterial. Viele Insassen erkrankten an Skorbut und Typhus. Die Sterblichkeit ist entsetzlich hoch. „Es kamen an manchen Tagen bis 27 Sterbefälle vor. Karrenweise wurden die Toten zum Friedhofe gebracht.“

3. August 1914 – Die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gewährleistet

München * Die außerordentliche Versammlung der Münchner Bäckerinnung stellt fest, dass - trotz der Einberufung zahlreicher Bäckermeister und Gehilfen - die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gewährleistet ist. Daneben sehen sich die verbliebenen Bäcker in der Lage, zusätzlich 20.000 Leibe Brot fürs Militär zu backen. Freilich können verschiedene Bäckereibetriebe nur mehr die gangbarste Brotsorte herstellen. Die Versorgung Münchens mit Mehl ist für die nächsten vier Wochen gesichert; danach kommt ohnehin das Getreide der gerade anstehenden Ernte zur Vermahlung. Und weil das Militär die sechs Pferde eingezogen hat, die bisher für den Hefe-Transport benutzt wurden, kann die Hefe nicht mehr an jeden Bäcker geliefert werden.

10. August 1914 – Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch während der Kriegszeit

München * Im Bayerischen Innenministerium wird die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch während der Kriegszeit besprochen. Da aus allen Regierungsbezirken eine gute bis sehr gute Heuernte gemeldet wird und sowohl die Kartoffel- wie die Getreideernte zufriedenstellend ausfiel, sehen die Viehzüchter keinen Grund zur Sorge. Nur der Verbrauch von Kalbfleisch sollte eingeschränkt werden. Außerdem sollte die Haltung von Kaninchen gefördert werden, weil diese „innerhalb kurzer Zeit ein großes Quantum von Fleisch für den Haushalt liefern“. Als Bilanz der Besprechung wird festgestellt, dass Bayern hinsichtlich der Fleischversorgung vollkommen sicher sei, selbst wenn sich der Krieg länger hinziehen sollte. Solche Besprechungen machen deutlich, dass man sich über Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderer lebenswichtiger Gebrauchsgüter keine Gedanken machte. Niemand rechnete ernsthaft mit einem längeren Krieg.

30. August 1914 – Die geplante Umzingelung von Paris wird nicht weiter verfolgt

Paris * Die ursprünglich geplante Umzingelung von Paris wird nicht weiter verfolgt. Generaloberst Alexander von Klucks Armee folgt einfach von Generaloberst Karl von Bülow an



die Marne - und lässt damit seine gesamte rechte Flanke ungeschützt. Jetzt stehen die Deutschen zwar kurz vor der französischen Hauptstadt, doch sind sie von ihrer eigenen Versorgung abgeschnitten. Sie haben keine Verbindung zum Hauptquartier in Luxemburg und sind durch die anstrengenden Gewaltmärsche für die anstehenden militärischen Auseinandersetzungen geschwächt. Außerdem ist die Kommunikation zwischen den beiden Armeen äußerst mangelhaft. Und weil die Übermittlung drahtloser Nachrichten ins Hauptquartier oft 24 Stunden und mehr dauern, sind die Franzosen bald über die Schwachstelle der Deutschen Armee bestens unterrichtet. Die deutsche Armeeführung glaubt immer noch, dass die Franzosen wie aufgeschreckte Hasen davongelaufen sind. Doch zum Unterschied des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 ist es der französischen Führung gelungen, die Truppen neu zu sammeln. Einige ranghohe französische Offiziere werden dennoch wegen „Unfähigkeit vor dem Feind“ versetzt und die kämpfenden Truppen neu strukturiert.

November 1914 – Versorgungsschwierigkeiten mit Lebensmitteln

Königreich Bayern * In den kleineren Städten Bayerns entstehen erste Lebensmittel-Versorgungsschwierigkeiten.

Januar 1915 – Die Bäcker müssen dem Brot ein Drittel Roggenmehl beifügen

München * Die Bäcker müssen dem Brot ein Drittel Roggenmehl beifügen.

25. Januar 1915 – Die Brotkarte wird eingeführt

Berlin * In Deutschland wird die „Brotkarte“ eingeführt und damit die Versorgung mit Brot rationiert. Weitere Lebensmittelkarten werden folgen.

5. September 1915 – Zar Nikolaus II. übernimmt den Oberbefehl

Mogilew * Zar Nikolaus II. übernimmt den Oberbefehl über die russischen Streitkräfte aufgrund der militärischen Niederlagen, der Versorgungsnot im Reich, der Arbeiteraufstände und der Meutereien der Soldaten.

Oktober 1915 – Unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln



München * Die schlechte Ernte verschärft die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

1. Oktober 1915 – Noch weniger Malz für die Brauereien

Deutsches Reich * Die Rohstoffversorgung der Brauereien wird weiter eingeschränkt: Sie dürfen nur noch 48 Prozent der Malzmenge verbrauchen, die ihnen vor dem Krieg zur Verfügung steht.

1. Dezember 1915 – Malzkontingent erneut drastisch gekürzt

Deutsches Reich * Die Rohstoffversorgung der Brauereien verschärft sich weiter: Der zulässige Malzverbrauch sinkt auf nur noch 35 Prozent des Vorkriegsniveaus.

16. Juni 1916 – Die Nahrungsmittelknappheit treibt die Münchner auf die Straßen

München * Die Nahrungsmittelknappheit treibt die Münchner auf die Straßen. Bei diesen Hungerdemonstrationen kommt es zu Krawallen, da die Behörden unfähig sind, die Lebensmittelversorgung sinnvoll zu organisieren. Die dringend benötigten Nahrungsmittel erreichen häufig die Empfänger nicht, weil durch verzwickte bürokratische Regelungen häufig Brot, Fett und Fleisch oft tagelang kreuz und quer durchs Land gefahren werden - und verderben.

Jedem Münchner Bürger stehen täglich Nahrungsmittel zu, die einen Nährwert von 1.380,4 Kilokalorien entsprechen. Nach Ansicht des Ärztlichen Beirats der Stadt München für Lebensmittelangelegenheiten ist es „vollständig ausgeschlossen, dass ein gesunder Mensch bei diesen knappen Ernährungsmengen arbeitsfähig bleibt und [...] auf die Dauer eine Schädigung der Gesundheit vermieden wird“.

7. Januar 1917 – Maßnahmen gegen den Hunger der Städter

München * Der Bayerische Bauernbund - BBB trifft sich zu einer Kriegstagung. Die Landwirte sollen ermuntert werden, „die entbehrlichen Lebensmittel abzuliefern, um der großstädtischen Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern“.

17. Februar 1917 – In Berlin wird ein Ministerium für Lebensmittelversorgung gebildet



Berlin * Wegen der anhaltenden Hungersnot im Deutschen Reich wird in Berlin ein Ministerium für Lebensmittelversorgung gebildet.

3. März 1917 – Bei den Petersburger Putilow-Werken bricht ein Streik aus

Petersburg * Bei den Putilow-Werken, einem Petrograder Rüstungsbetrieb, bricht ein Streik aus. Die Gründe sind in der wirtschaftlichen Zerrüttung und dem erfolglosen Kriegsverlauf zu suchen. Die Direktion des Werkes reagiert darauf mit der Aussperrung von 30.000 Beschäftigten, was umgehend zu einer Protestdemonstration gegen die katastrophale Versorgungslage führt.

8. März 1917 – In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution

Petersburg * In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution. In den Putilow-Werken wird erneut gestreikt, die Streikenden demonstrieren für eine bessere Versorgung, vor allem mit Brot. Gegen 14 Uhr treten die Arbeiterinnen in der Fabrik Ayvas ebenfalls in den Ausstand. Sie demonstrieren gegen die Brotknappheit und für die Rückholung ihrer Männer von der Front. Den protestierenden Frauen schließen sich im Laufe des Tages rund 130.000 Arbeiter an. Dabei schlagen die Kundgebungen ins Politische um: „Weg mit der Monarchie! Schluss mit dem Krieg!“ steht auf den Transparenten. Die Lage in Petrograd gerät immer mehr außer Kontrolle. Es kommt zu den ersten schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und dem Militär. Sehr schnell gibt es in den Betrieben Wahlen zu Arbeiterräten. Eine Form der Selbstorganisation, die die Arbeiter schon im Jahr 1905 entwickelt hatten. Daraus entstehen in der Folge Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Land.

16. April 1917 – 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie treten in den Streik

Berlin * In Berlin treten 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie mit 300.000 Arbeitern in den Streik. Es geht um die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Der Streik wird von den revolutionären Obleuten, oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären, deren Kern die Metallarbeiter bilden, gegen den Willen der Gewerkschaften organisiert.

17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen

Berlin * Am zweiten Tag der Streiks beschließt die Vertreterkonferenz der Gewerkschaften, die



Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierungs- und Militärbehörden zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen und die Zusage gegeben haben, dass niemand wegen der Teilnahme am Streik zum Militärdienst eingezogen werde. Es wird vereinbart, dass Vertreter der Arbeiter künftig bei der Verteilung der Nahrungsmittel mitwirken sollen. Ein Teil der Betriebe streikt weiter und wird daraufhin unter militärische Leitung gestellt.

18. April 1917 – Eine Verhaftungswelle beendet den Streik

Berlin - Leipzig * Eine Verhaftungswelle beendet den Streik. Zahlreiche Streikende werden zum Militärdienst eingezogen.

11. Mai 1917 – Kinder werden zur besseren Ernährung aufs Land geschickt

München * Die ersten 1.000 von rund 6.000 Kinder werden mit Sonderzügen aufs Land gebracht, wo die Versorgungs- und Ernährungslage wesentlich besser ist als in der Stadt.

5. August 1917 – Es kommt zu Meutereien in Wilhelmshaven

Wilhelmshaven * Auf Grund mangelhafter Versorgung sowie durch schlechte und teilweise schikanöse Menschenführung kommt es zu Meutereien in der deutschen Hochseeflotte. Heizer des Schlachtschiffes SMS Prinzregent Luitpold und dem Schwesterschiff Friedrich der Große treten daraufhin in den Hungerstreik. Die Anführer des Matrosenaufstands werden nach der Niederschlagung der Gehorsamsverweigerungen und Meutereien verhaftet und teilweise zum Tode verurteilt.

17. Dezember 1917 – Einschränkungen bei der Versorgung

Königreich Bayern * Die anhaltende Kälte führt vor allem in den bayerischen Großstädten zu Einschränkungen in der Brennstoff- und Lebensmittelversorgung.

3. Januar 1918 – Die sogenannten Jännerstreiks beginnen

Österreich-Ungarn * In Österreich-Ungarn beginnen vereinzelt und noch in kleinem Ausmaß die



sogenannten Jännerstreiks. Zunächst geht es den Streikenden um eine bessere Lebensmittelversorgung, doch spätestens am 15. Jänner werden auch werden Forderungen nach Beendigung des Krieges laut.

14. Januar 1918 – Ein Streik wegen Kürzung der täglichen Brotration

Wien * In den Daimler-Motorenwerken in Wiener-Neustadt beginnt ein Streik wegen der Verkürzung der eh schon geringen täglichen Brotration von 200 auf 165 Gramm.

15. Januar 1918 – In Wien beginnen Rüstungsarbeiter einen Streik

Wien * Der in den Wiener-Neustädter Daimler-Motorenwerken am Tag zuvor begonnene Streik weitet sich zur politischen Massenstreikbewegung in fast allen Industriegebieten des Habsburger Reich bis nach Prag und Budapest aus. Bis zum 25. Jänner 1918 werden über 700.000 Arbeiter in den Ausstand treten. Es kommt zur größten Streikaktion in der Geschichte des Landes. Die Streikenden fordern nicht mehr nur eine bessere Lebensmittelversorgung, sondern auch ein demokratisches Wahlrecht, die sofortige Beendigung des Krieges und einen raschen Friedensschluss ohne Annexionen in Brest-Litowsk. In Massenveranstaltungen werden Arbeiterräte - nach dem Vorbild der russischen Revolution - als ein konkretes Gegenmodell politischer Interessenvertretung gewählt. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks formuliert der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung, die vom Arbeiterrat akzeptiert werden.

19. Januar 1918 – Weitreichende Zusagen an den Wiener Arbeiterrat

Wien * Angesehene österreichische Sozialdemokraten wie Viktor Adler rufen die Streikenden zur Mäßigung auf und verhandeln mit der Regierung in Wien Verbesserungen aus. Der k.u.k.-Ministers des Äußern, Graf Ottokar Czernin von und zu Chudenitz, überreicht einer Abordnung des Arbeiterrates eine Erklärung, in der er sich verpflichtet, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk keinesfalls an territorialen Forderungen scheitern zu lassen. Ministerpräsident Ernst von Feuchtenegg sagt Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes sowie eine Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes zu.



20. Januar 1918 – Die Jännerstreiks werden beendet

Wien * Der sozialdemokratische Parteivorstand Österreichs veranlasst eine Regierungserklärung, die zahlreiche Zugeständnisse an die Streikenden enthält. Darunter die Zusicherung, die katastrophale Lebensmittelversorgung zu verbessern und sich um Friedensverhandlungen zu bemühen. Er setzt damit den Beschluss zum Abbruch des Streiks durch. Die Beendigung des Streiks verärgert die radikale Linke, die sich von den Versprechungen nicht beeindruckt lassen will. Die Militärs hätten allerdings nicht davor zurückgeschreckt, mit militärischer Gewalt gegen den Streik und die Streikenden vorzugehen.

2. Februar 1918 – Die Streikenden erarbeiten einen Forderungskatalog

München-Theresienwiese * Im Anschluss ziehen die Versammelten zur Theresienwiese, wo sich insgesamt 6.000 Streikende aus verschiedenen Betrieben einfinden. Ein Forderungskatalog wird erarbeitet, der dem der Berliner Arbeiter entspricht: Neben der Freilassung der inhaftierten Streikführer sind das die Umwandlung des politischen Systems in ein demokratisches, die Wiederherstellung der Koalitions-, der Presse- und der Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustands und die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel.

9. Februar 1918 – Die Ukraine unterzeichnet mit den Mittelmächten einen Separatfrieden

Brest-Litowsk * Zwischen der weitgehend von Bolschewisten besetzten Ukraine und den Mittelmächten wird in Brest-Litowsk ein Separatfrieden unterzeichnet. Dieser Brotfrieden soll die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte sichern. Zugleich wird die Ukraine wirtschaftlich eng an das Deutsche Reich gebunden.

21. März 1918 – Die Große deutsche Frühjahrsoffensive beginnt

Bapaume - Nordfrankreich * Mit einem mehrstündigen, für die Gegenseite in seiner Massivität vollkommen unerwarteten „Sturm aus Feuer und Stahl“, wie man ihn bis dahin noch nicht erlebt hat, beginnen die deutschen Truppen die „Operation Michael“. Es ist die erste von fünf Schlachten der deutschen Frühjahrsoffensive, die zugleich der letzte Versuch des Deutschen Kaiserreichs ist, an der Westfront einen für die Mittelmächte günstigen Kriegsausgang zu erreichen. Was die Briten in der Flandernschlacht in zwei Wochen verschossen hatten,



verbrauchen die Deutschen in nur wenigen Stunden. Es werden nicht nur Sprenggranaten, sondern auch Giftgas-Granaten verschossen. Schon am ersten Tag des Unternehmens kann die Verteidigung des Gegners durchbrochen werden. In den Folgetagen dringen die deutschen Truppen auf einer Breite von 80 Kilometern etwa 65 Kilometer tief in französisches Territorium ein. Die Entente soll zurückgeschlagen werden, ehe die US-Amerikaner in Europa landen. Dies würde, so die Überlegung Erich von Ludendorffs, das Deutsche Reich in eine gute Ausgangsposition bei den Friedensverhandlungen setzen. Die Offensive wird nur am Anfang erfolgreich sein, aber kein Triumphlauf werden. Die Übermacht der alliierten Streitkräfte, erhebliche Versorgungsprobleme und große Verluste sind Ursachen für den Untergang der deutschen Truppen. Am ersten Tag der „Michael-Offensive“ werden auf deutscher Seite von 39.929 Mann 10.851 getötet, 28.778 verwundet und 300 Mann gefangen genommen. Von den eingesetzten 38.512 Briten fallen 7.512, etwa 10.000 werden verwundet und 21.000 gehen in Gefangenschaft.

16. Mai 1918 – Die tägliche Brotration wird auf 150 Gramm gekürzt

Berlin - Deutsches Reich * Das Kriegsernährungsamt kürzt die tägliche Brotration auf 150 Gramm pro Person.

21. Juni 1918 – Der Landtag beschließt Bau des Walchensee-Kraftwerkes

München-Kreuzviertel * Der Landtag beschließt die von Oskar von Miller angestrebte landesweite staatliche Stromversorgung und den Bau des Walchenseewerkes.

16. Juli 1918 – Frauen-Demo vor der Lebensmittelkartenverteilstelle

München-Obergiesing * Hunderte Frauen aus den östlichen und südlichen Stadtvierteln Münchens versammeln sich vor der Lebensmittelkartenverteilstelle in der Silberhornstraße in Giesing, um gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung zu protestieren. Sie ziehen weiter zum Lebensmittelamt in der Thalkirchner Straße und von dort zum Rathaus, wo sie „laute Rufe um Brot“ erheben. Der Ausschuss für Lebensmittelversorgung bewilligt daraufhin die „Abgabe von verbilligtem Gemüse und ein Pfund Frühkartoffeln für den Kopf und die Woche“.



14. August 1918 – Die OHL erklärt die Fortführung des Krieges für aussichtslos

Spa * Die Oberste Heeresleitung - OHL erklärt nach der Schlacht von Amiens - im Beisein von Kaiser Wilhelm II. und dem österreichischen Kaiser Karl I. - erstmals die Fortführung des Krieges für „aussichtslos“. Die Übermacht der alliierten Truppen, erhebliche Versorgungsprobleme und große Verluste sind die Ursachen für den Untergang der deutschen Truppen. Der 14. August 1918 wird deshalb auch als „Schwarzer Tag des deutschen Heeres“ bezeichnet.

14. August 1918 – Wieder Demonstrationen wegen der Lebensmittelversorgung

München * Arbeiterinnen, Hausfrauen und Soldaten demonstrieren. Wieder stehen Kriegsinvaliden in den ersten Reihen. Auch das erschwert der Polizei einen massiveren Einsatz. Auf Kriegsinvaliden und Frauen mit Kindern im Arm kann man nicht so ohne Weiteres einprügeln.

9. September 1918 – Kartoffeln statt Fleisch

München * Die fleischlosen Wochen beginnen. Als Ersatz für das ausfallende Fleisch werden 3 Pfund Kartoffeln pro Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung gewährt.

27. September 1918 – Der militärische Zusammenbruch Bulgariens

Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze gibt im Hauptausschuss des Reichstags den militärischen Zusammenbruch Bulgariens bekannt. Die Truppen der Entente können nun die rumänischen Ölfelder besetzen und dadurch die deutsche Armee von der Ölversorgung abschneiden. Ohne das Öl aus Rumänien kann das deutsche Heer höchstens noch zwei Monate kämpfen.

7. November 1918 – Kein Soldat, kein Polizist hält auch nur einen einzigen Revolutionär zurück

München * Während der Bayerische Landtag über die Sicherung der Kartoffelversorgung in den Städten berät, hält kein Soldat oder Polizist auch nur einen einzigen Revolutionär zurück. Eisners Revolution hätte wohl auch dann niemand aufgehalten, wenn er in der Residenz einmarschiert wäre. Selbst das Militär steht zuletzt auf Seiten der Rebellen.



7. November 1918 – Die Beamten haben dem Volkswohl zu dienen

München - Königreich Bayern * Der Bayerische Verkehrsbeamtenverein schreibt in Hinblick auf die Kieler Matrosenaufstände und der Anspielung des Bayerischen Kuriers auf die Beamten vom Vortag: „Die Beamten haben unbekümmert um die politischen Vorgänge dem Volkswohl zu dienen; sie haben durch rastlose, ununterbrochene Arbeit Handel und Wandel aufrechtzuerhalten und insbesondere alles zu vermeiden, was einer regelmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittel, Brennmaterial usw. hinderlich wäre. Die Wandlung, die sich im Staate vollzieht, muss der Beamte über sich ergehen lassen. Nur dann dient er seinem Volke. Der werdende Volksstaat braucht unbeeinflusste Diener und die wird er in der derzeitigen Beamtenschaft finden“.

8. November 1918 – Ein MSPD-Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens

München * Die Münchener Post spricht in einem Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens die MSPD von der Schuld am Umsturz frei, bittet und wirbt aber gleichzeitig um „treue Mitarbeit“, vor allem damit die Ernährung der Schwachen gesichert und so gezeigt wird, „dass die herauf kommende neue Zeit die wahre Wohlfahrt und den Frieden der Menschheit bedeutet. An die Arbeit, Genossen! An den Aufbau!“

8. November 1918 – Ein Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlichen Ministerpräsident Kurt Eisner und der Bauernführer Ludwig Gandorfer einen Aufruf An die ländliche Bevölkerung Bayerns, in dem sie die Notwendigkeit der Revolution darstellen und die Friedensbemühungen der Regierung Eisner schildern. „Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat betrachtet es als die erste und größte Aufgabe, dem Volke den heiß ersehnten Frieden zu bringen und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Verbindung getreten.“ Zugleich verspricht man den militärischen Schutz der Grenzen Bayerns und eine geordnete Demobilisierung, „damit Zustände wie in Österreich und Tirol, wo heimkehrende Soldaten plündern und Kulturwerke zerstören, unmöglich werden!“ Daneben werden sie zu reger Lebensmittellieferung für die Städte aufgefordert.

8. November 1918 – Erste Erfolge bei der Beamtenschaft



München - Freistaat Bayern * Die Gespräche und ersten Kontakte Kurt Eisners mit den Vertretern der organisierten Beamtenschaft und die Aufforderung zur Mitarbeit zeigen Erfolge. Der Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals richtete an das gesamte Verkehrspersonal einen Aufruf, in dem es aufgefordert wird, „den für die gesamte Volkswirtschaft, insbesondere für die Lebensmittelversorgung, wichtigen Verkehrsdienst nach wie vor gewissenhaft auszuführen.“

8. November 1918 – Die MSPD setzt in Regensburg einen Arbeiterrat ein

Regensburg * Meuternde Soldaten lösen in Regensburg die Revolution in aus. Ein durch die örtliche MSPD gegründeter Arbeiterrat setzte sich an die Spitze der revolutionären Bewegung und verhindert, dass es zu Ausschreitungen kommt. Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnet sich der Stadtverwaltung unter, um die prekäre Versorgungslage nicht zu gefährden.

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen



Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

9. November 1918 – Innenminister Auer gegen Einmischungsversuche der Räte

München * In einer Bekanntmachung des Innenministers Erhard Auer wird erläutert, dass „bis auf weiteres die sämtlichen Stellen, die bisher mit der Versorgung der Bevölkerung sowie mit der Überwachung und Regelung des Verkehrs mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs betraut waren, weiter arbeiten“. Nur diese offiziellen Stellen dürfen entsprechende Anordnungen erlassen und durchführen. „Unberechtigte Einmischung Dritter wird nicht geduldet werden.“ Das richtet sich eindeutig gegen Einwirkungsversuche der Räte.

10. November 1918 – Bauernführer Ludwig Gandorfer verunglückt tödlich

Schleißheim * Der blinde Bauernführer Ludwig Gandorfer wird von Kurt Eisner beauftragt nach Niederbayern zu fahren, um die Ablieferung und den Transport der Lebensmittel nach München zu organisieren. Die Fahrt wird in einem vom Soldatenrat beschlagnahmten Auto erfolgen. Es ist der Fiat des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, ein Verwandter Kaiser Wilhelms II.. In der Nähe von Schleißheim kommt das mit sieben Personen besetzte Fahrzeug in einer Kurve von der Straße ab, prallt gegen einen Baum und stürzt die Böschung hinab. Ludwig Gandorfer, der mit zwei Begleitern auf der Rückbank sitzt, wird aus dem Automobil geschleudert und stirbt am Unfallort an einem Schädelbruch. Der Unfall wird in der Bevölkerung als rätselhaft empfunden: Da ist die Streckenführung nach Niederbayern vom Landtag über Schleißheim, das Unfallauto verschwindet spurlos und taucht nie mehr auf, weder das Unfallprotokoll noch die Aussagen der Überlebenden sind auffindbar. Es gibt Gerüchte, wonach die Leichenfrau auf



Gandorfers Stirn einen Einschuss gesehen haben will. Sein Nachfolger als Vorsitzender des Bayerischen Bauernbundes - BBB wird sein Bruder Karl Gandorfer.

18. November 1918 – Fleischversorgung für München

München * 25.000 Rinder werden über die Reichsfleischstelle zur Schlachtung in München zugeteilt. Durch Einpökeln soll damit eine Fleischreserve für den Winter geschaffen werden.

9. Dezember 1918 – Gustav Landauers positive Bilanz zu den Räteorganisationen

München * Gustav Landauer zieht eine positive Bilanz zur Tätigkeit der Räteorganisationen: „Da handelt es sich vor allen Dingen um die Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, [...] dass die Alliiertenwerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist eine sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgearbeitet, dass eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung eingehalten werden musste. Wir haben [...] mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs, [...] dass Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unseren Produzenten und von unseren Bauern verwertet wird, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag.“

27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage

Stuttgart * In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen



erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

26. Januar 1919 – Eine englische Kommission prüft die Versorgungslage

München * Eine Kommission aus England überprüft die Lebensmittelverhältnisse in München.

3. Februar 1919 – Die wöchentliche Fleischration wird auf 300 Gramm erhöht

München * Die wöchentliche Fleischration wird bayernweit auf 300 Gramm erhöht. Eine Anweisung des Innenministeriums ermöglicht dem Stadtmagistrat gegen „eigenmächtige Bierpreiserhöhungen mit aller Entschiedenheit“ vorzugehen.

21. Februar 1919 – Ein Zentralrat der Bayerischen Republik konstituiert sich

München * Aus Vertretern der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialdemokraten, Kommunisten sowie den Vollzugsorganen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und dem Revolutionären Arbeiterrat bildet sich ein Zentralrat der Bayerischen Republik. Dieser sogenannte Elfmännerausschuss fungiert als Regierungsgremium, das die Geschäfte so lange kommissarisch führen soll, bis eine endgültige Regelung gefunden wird. Zum Vorsitzenden des



Zentralrats wird Ernst Niekisch, ein junger Volksschullehrer, Vorsitzender der Augsburger Arbeiter- und Soldatenräte und Mitglied des Landesarbeitsrates gewählt. Ernst Niekisch ist zwar Mehrheitssozialdemokrat, gilt aber aufgrund seiner Befürwortung der Räte als Mann des Ausgleichs zwischen den ideologischen Gegensätzen und wird auch von den rechten Sozialdemokraten akzeptiert. Er gilt als die Integrationsfigur, die der Republik über die schwere Zeit hinweghelfen kann. Neben Ernst Niekisch, Carl Kröplin und Hermann Eisenhut vom Vollzugsrat der Arbeiterräte gehören dem Zentralrat außerdem an: Karl Gandorfer, Wolfgang Hofmann und Johann Wutzlhofer vom Vollzugsrat der Bauernräte, Fritz Sauber, Engelbert Kohlschmidt und Johann Panzer vom Vollzugsrat der Soldatenräte sowie Max Levien und August Hagemeister vom Revolutionären Arbeiterrat. Dem Zentralrat wird ein erweiterter Aktionsausschuss zur Seite gestellt, um die Fülle der anstehenden Arbeiten zu bewältigen. Dieser wiederum konstituiert verschiedene Kommissionen, die das tägliche Leben regeln sollen. So entstehen Kommissionen zur Bewaffnung des Proletariats, zur Ernährung, zur Lebensmittelversorgung, für das Wohnungswesen, für das Gerichtswesen, für Aufklärungs- und Nachrichtendienste, für Heereswesen und zur Produktionsregelung.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flüchen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...]“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder



entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den



Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen konnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und



sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

6. März 1919 – Die Fleischversorgung Münchens lässt stark zu wünschen übrig

München * Die Fleischversorgung Münchens lässt stark zu wünschen übrig. Die ständigen Unruhen in der Stadt haben die Bauern verunsichert und verbittert.

6. März 1919 – Die Ernährungskrise bei Dallmayr

München * Josef Hofmiller beschreibt die Ernährungskrise in München: „Ich war mit meiner Frau in der Stadt und führte sie durch den Laden von Dallmayr, um ihr etwas zu zeigen, was sie noch nie gesehen hatte: Dallmayr am Aschermittwoch ohne eine Spur von irgendeinem Fisch! Man muss ihn im Frieden gesehen haben, um zu wissen, was das bedeutet. An Süßwasser- und Seefischen alles, was die Jahreszeit bot. [...] Gestern: nichts, gar nichts, kein Schwanz von einem Fisch, nicht einmal ein Hering, nicht einmal eine Sardelle; bloß Stockfisch stank in einer Ecke, etwas, wozu sich Dallmayr im Frieden nie erniedrigt hätte. Was gab es da? Oh, sehr nette Sachen: grüne Erbsen in Sulz, Erbsen mit Bohnen in Sulz, Sellerie in Sulz, rote Rüben in Sulz, gemischte Gemüse in Sulz. Dabei waren die Dinger klein und nicht einmal billig: 75 bis 90 Pfennig die Portion. Dazu Gemüsesalate, aber kein Tropfen Öl daran! Es ist ein Jammer! An Käsen nichts, gar nichts. Eine Dame neben uns bekam ein Ei (mit Ziffern 1 Ei).“

13. März 1919 – Es gibt nur noch alle zwei Tage ein Achtel Liter Milch

München * Es gibt nur noch alle zwei Tage ein Achtel Liter Milch auf Lebensmittelkarten.

16. März 1919 – Ein kräftiger Wintereinbruch verschärft die Lebensmittelkrise

München * Laut einem Gutachten von Kurt Eisners Wirtschaftsexperten Benno Merkle reichen die Lebensmittel für München noch genau bis Ende Mai, dann ist Schluss. Ein kräftiger Wintereinbruch am 16. März verschärft die Krise der Lebensmittelversorgung.

21. März 1919 – Otto Neurath stellt dem Ministerrat sein Sozialisierungskonzept vor



München * Der Wiener Philosoph, Sozialdemokrat und Nationalökonom Otto Neurath stellt auf Betreiben des USPD-Ministers für Handel und Gewerbe, Josef Simon, dem bayerischen Ministerrat seine Sozialisierungspläne vor. Simon leitet damit den entscheidenden Schritt zur Umgestaltung der bayerischen Ökonomie ein, wie sie Ministerpräsident Johannes Hoffmann in seiner Regierungserklärung angekündigt hat. Otto Neurath ist ein Verfechter der Planwirtschaft. Er will die gesamte gesellschaftliche Produktion in Bereiche einteilen, alles nach sozialistischen Grundsätzen erzeugen und verteilen, und so die Versorgung jedes einzelnen mit Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügen gewährleisten. Die Bedarfsdeckung der Bevölkerung und nicht der Reingewinn der Unternehmen stehen im Vordergrund seiner Wirtschaftstheorie. „So wie man die Volkswirtschaft durch ein Hindenburg-Programm dem Kriege dienstbar machen konnte, müsste man sie auch dem Glück aller dienstbar machen können.“ Otto Neurath erhält den Auftrag, seine Pläne im Sozialisierungsausschuss und im Landtag zu erklären.

1. April 1919 – Die wöchentliche Fleischration wird herabgesetzt

München * Die bayerische Landeshauptstadt liegt unter einer Schneedecke von 40 Zentimetern. Die Arbeitslosenquote liegt konstant bei über 30.000, die Kohlevorräte sind aufgebraucht, die Energiezufuhr stockt, der Preis für einen Trambahn-Fahrschein wird von 15 auf 20 Pfennige erhöht, die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch ist nicht mehr gewährleistet, weil sich immer mehr Bauern weigern, in die von Unruhe erfüllte Stadt zu fahren. Die wöchentliche Fleischration wird von 300 Gramm auf 250 Gramm herabgesetzt. Schwerstarbeiter erhalten auch weiterhin eine Zulage von 120 Gramm Wurst. Was blüht ist der Schwarzmarkt. Die Waren gibt's dort im Überfluss, aber halt zu entsprechend hohen Preisen. Der neu ernannte Staatskommissar für Ernährungswesen, Johann Wutzelhofer vom Bayerischen Bauernbund- BBB, stellt sein Programm vor.

5. April 1919 – Weitreichende Forderungen der Soldaten

München-Maxvorstadt * Die Soldaten des 1. Infanterie-Regiments beschließen die Umbenennung der Marsfeld-Kaserne in Kurt-Eisner-Kaserne. Sie fordern vom Zentralrat die sofortige Proklamierung der Räterepublik, wollen als erstes Regiment der zu bildenden Roten Armee geführt werden, fordern die Aufhebung der Offiziersvorrechte, die sofortige Einstellung der Gehaltszahlungen an Offiziere, eine Neuregelung des Mannschaftsversorgungsgesetzes unter Gleichstellung mit den Offizieren und keine Entlassung der Soldaten, bevor nicht ausreichend Arbeitsstellen geschaffen sind. Das 2.



Infanterie-Regiment benennt seine Kaserne an der Lothstraße in Karl-Liebknecht-Kaserne um.

9. April 1919 – Zugverbindungen und Lebensmittelversorgung werden unterbrochen

München * Zugverbindungen werden unterbrochen und damit der Nachschub von Lebensmitteln und Kohle unterbunden.

16. April 1919 – München ist noch immer von der Außenwelt abgeschlossen

München * Die Stadt ist noch immer von der Außenwelt abgeschlossen. Es gibt keinen Post-, Eisenbahn-, Nachrichten- und Geldverkehr. Weder Lebensmittel noch Kohlen werden nachgeliefert.

19. April 1919 – Die Belieferung mit Lebensmitteln ist extrem mangelhaft

München * Die Belieferung mit Lebensmitteln ist extrem mangelhaft. Das Angebot reicht nur teilweise für die ausgegebenen Lebensmittelkarten. Selbst der Viktualienmarkt wird nur sehr schlecht beliefert.

25. April 1919 – Milch nur für Kranke mit Attest auf Lebensgefahr

München * Das Lebensmittelamt der Stadt München plakatiert zur „Milchversorgung“, dass es sich als notwendig erweist, den Verbrauch von Milch für alle zu verbieten. „An Kranke kann bis auf weiteres nur bei unmittelbarer Lebensgefahr Milch abgegeben werden. Die Lebensgefahr ist durch ein ärztliches Zeugnis zu bestätigen“.

26. April 1919 – Die Versorgung Münchens mit Milch ist nahezu eingestellt

München * Die Versorgung Münchens mit Milch ist nahezu eingestellt. Selbst an Kranke kann nur noch bei unmittelbarer Lebensgefahr Milch abgegeben werden.

26. April 1919 – Die seit Längerem bestehenden Differenzen brechen auf



München-Graggenau * Im Hofbräuhaus, in dem sich täglich die Betriebs- und Kasernenräte treffen, treten die seit längerer Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen den Kommunisten, Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod einerseits, und den Unabhängigen Sozialdemokraten, Emil K. Maenner, Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer andererseits, offen zutage. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Folge die drei Letztgenannten von ihren Ämtern zurücktreten. Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, erklärt, dass er nicht mehr für Handlungen bereitsteht, die „politischem Diebstahl“ gleichkommen und keine Lust mehr hat, in einem „Marionettentheater“ zu sitzen. Der Kommandeur des Truppenabschnitts I (Dachau), Ernst Toller, betrachtet die jetzige Räteregierung als ein „Unheil für das werktätige Volk“, weil die führenden Männer nur zerstören, ohne das geringste aufzubauen. Deshalb kann er eine weitere Zusammenarbeit mit dem Vollzugsausschuss und dem Generalstab nicht mehr verantworten. Aus den gleichen Gründen will auch der Abschnittskommandant der Roten Armee in Dachau, Gustav Klingelhöfer, seine Ämter niederlegen. Der Bankrat stellt sich geschlossen hinter Emil K. Maenner und bezeichnet die Mitglieder des Vollzugsausschusses als „Hampelmänner“. Mit ähnlich harten Worten wird die „katastrophale Versorgungslage“ von den Anwesenden kritisiert, an der die Regierung Hoffmann nur zum Teil schuld ist. Nach einem weiteren Beschluss der Betriebsräte sollen die Münchner Tageszeitungen - unter Auflage einer Vorzensur - wieder erscheinen können. Während der Sitzung trifft die Nachricht ein, dass im Passamt fünfzig Pässe gestohlen worden sind. Zur Untersuchung des Vorgangs wird daraufhin eine Zehnerkommission gebildet.

27. April 1919 – München ist von der Außenwelt vollständig abgeschnitten

München * München ist inzwischen von der Außenwelt vollständig abgeschnitten.

30. April 1919 – Flugblätter über München: „Kopf hoch und Mut! Hilfe naht“

München * Über München kreisende Flugzeuge werfen Flugblätter mit Durchhalteparolen ab: „[...] Kopf hoch und Mut! Hilfe naht, die Euch vom russischen Terror und Schrecken des Bolschewismus befreien wird“. Ein anderes Flugblatt informiert darüber, dass München von bayerischen Truppen umstellt ist und fordert die Bevölkerung auf: „Hört die Stimme der Vernunft! Lasst ab vom bewaffneten Widerstand. Meidet die Straßen und Plätze, damit das Blut Unschuldiger nicht vergossen wird. Die Truppen der Regierung brechen schonungslos jeden bewaffneten Widerstand, um der Not Aller ein Ende zu machen. Lebensmittel, Kohlen, Rohstoffe stehen zur Einfuhr nach München bereit. gez. Hoffmann, Ministerpräsident“



3. Mai 1919 – Die Lebensmittelversorgung Münchens ist sichergestellt

Bamberg * Die Regierung Hoffmann teilt mit, dass die Lebensmittelversorgung Münchens sichergestellt ist.

13. März 1922 – Der Tierpark Hellabrunn soll aufgelöst werden

München-Giesing * Die Inflation hat sich ab 1919 immer mehr ausgeweitet. Die Stimmung in der Bevölkerung und Politik kippt. Ein Zoo gilt zunehmend als überflüssiger Luxus. Bereits während des Krieges hat sich die Versorgungslage stark verschlechtert. Für die meisten stehen ganz andere Probleme im Vordergrund als ein Besuch im Tierpark. Die Jahreshauptversammlung des Tierpark-Vereins beschließt deshalb, den Tierbestand zum 1. April aufzulösen und zu verkaufen, der Verein soll vorerst weiterbestehen.

31. Dezember 1922 – Nutzungsvorschläge für das Tierpark-Gelände

München-Giesing * Der Pachtvertrag zwischen der Stadt und dem inzwischen aufgelösten „Verein Zoologischer Garten München“ wird gekündigt. Das löst eine Welle von Gesuchen und Anträgen zur alternativen Nutzung des Tierpark-Geländes aus. Im Gespräch sind, den Park als „Landerholungsersatz“ für bedürftige Münchner Familien oder als Schaf- und Rinderweide zur Milchversorgung des städtischen Sanatoriums Harlaching oder des Ordens der Barmherzigen Schwestern zu nutzen. Andere Interessenten wollen hier einen „Park zur Pflege des Sonnen- und Luftbadens“ oder einen Raum für Militärkonzerte und Raubtierdressurvorfstellungen oder eine Geflügelfarm sowie als den Sitz der Bavaria Film GmbH genutzt sehen. Doch alle Wünsche und Nutzungsvorschläge werden abgelehnt, da die Stadt sich mit der Vorstellung beschäftigt, den ehemaligen Zoo in einen „Städtischen Volkspark Hellabrunn“ umzuwandeln. Im Prinzip ist man sich einig, dass München auf Dauer einen Zoologischen Garten haben muss und der Volksgarten nur eine Übergangslösung darstellt, bis man hier wieder exotische Tiere bestaunen kann.

24. Januar 1924 – Das Walchensee-Kraftwerk erzeugt Strom

Walchensee * Das Walchensee-Kraftwerk geht in Betrieb.

1932 – Die Amperwerke werden zum größten oberbayerischen Stromversorger



München-Maxvorstadt * Die Amperwerke werden mit der Übernahme der Oberbayerischen Überlandzentrale - OBÜZ zum größten oberbayerischen Stromversorgungsunternehmen, noch vor den Isarwerken.

Mai 1942 – Das Ludwig II.-Denkmal wird eingeschmolzen

München-Au - München-Isarvorstadt * Aufgrund des Erlasses des Reichsministerium des Innern vom 3. Mai 1942 wird das König- Ludwig II.-Denkmal demontiert und als Metallreserve für die Roh-stoffversorgung des Reiches nach Hamburg gebracht werden. Nur der Kopf entgeht - durch Rettung der Hafenarbeiter - der Einschmelzung. Der Deutsche-Eiche-Wirt Dietmar Holzapfel stellt sich die Frage: Warum ist Ludwig II. der einzige König, der von den Nazis eingeschmolzen wurde? Und: Hat das was mit der Verschärfung des Paragraphen 175 durch Hitler im Jahr 1935 zu tun? Immerhin stellte der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches bis zum Jahr 1994 sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe.

19. März 1945 – Münchens Isarbrücken sollen gesprengt werden

Berlin * Reichskanzler Adolf Hitler befiehlt: „Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören“. Und weiter: „Entgegenstehende Weisungen sind ungültig“. Für Gauleiter Paul Giesler ist nun der Zeitpunkt gekommen, alle Isarbrücken Münchens zu sprengen.

1965 – Eine eigene Kuh für die Beschäftigten des Englischen Gartens

München-Englischer Garten * Bis zur Mitte der 1960er Jahre wird für die Milchversorgung der Beschäftigten des Englischen Gartens eine eigene Kuh gehalten.

1967 – Die Bäcker-Innung steigt auf die Barrikaden

München-Untergiesing * Die Bäcker-Innung“steigt auf die Barrikaden, nachdem sie die Hangauffahrt des Mittleren Ringes zu überrollen droht. Um Platz für die Hochstraße zu schaffen, musst damals ein Drittel des Bürotraktes der Bäcker-Kunstmühle geopfert werden. Ein



Argument, mit dem sich die Bäcker-Innung damals gegen die städtischen Straßenplaner wehrt, ist, dass die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gefährdet sei. Vor Gericht wird ihr eine Entschädigungssumme von 800.000 DMark zugesprochen, die anschließend zur Modernisierung in den Betrieb gesteckt wird. Doch diese Investition ist zum Fenster rausgeschmissen.

28. Mai 1967 – Ein neues Ludwig-II.-Denkmal in den Maximiliansanlagen

München-Haidhausen * In den Maximiliansanlagen, zwischen dem Maximilianeum und dem Friedensengel, an der Stelle, an der König Ludwig II. - eigens für die Werke seines verehrten Musikeridols Richard Wagner - ein Festspielhaus errichten lassen wollte, wird die 2,60 Meter hohe Bronzestatue zu Ehren des bayerischen Märchenkönigs enthüllt und der Öffentlichkeit übergeben. Der Bildhauer Anton Rückel hat das Denkmal erschaffen. Auf einem Granitmonolith, an den vier Bronzereliefs mit Ansichten der Schlösser Linderhof, Herrenchiemsee und Neuschwanstein sowie des geplanten Festspielhauses angebracht sind, steht - als Sinnbild eines gescheiterten Projekts - der in Bronze gegossene bayerische Märchenkönig. Ihre Inschrift lautet: „Wo Bayerns König Ludwig für Richard Wagners Werke nach Gottfried Sempers Plänen zum Ruhm der ganzen Menschheit den Festbau schaffen wollte, setzt sich das Volk sein Denkmal. A.D. MCMLXVII.“ Es ist dies der Ersatz für ein Standbild, das sich in einem halbrunden Säulentempelchen auf der Corneliusbrücke befand und von den Nazis am 3. Mai 1942 demontiert und als Metallreserve für die Rohstoffversorgung des Reiches nach Hamburg gebracht und zum Bau von Bomben eingeschmolzen wurde.

1977 – Die DWK wird gegründet

Bundesrepublik Deutschland * Zwölf Energieversorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreiber gründen die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Sie erhält den Auftrag, eine große Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik zu planen und zu errichten.

11. April 1989 – VEBA setzt auf die französische Alternative

Düsseldorf - La Hague * VEBA, einer der wichtigsten Anteilseigner der DWK, bestätigt öffentlich Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dem französischen Nuklearkonzern Cogema. Vorgesehen ist eine Beteiligung an der Wiederaufarbeitungsanlage UP3 in La Hague. Cogema



bietet an, deutsche Brennelemente dort ab 1999 aufzuarbeiten. Das französische Angebot erscheint den Energieversorgungsunternehmen deutlich günstiger und schneller verfügbar als die Fertigstellung der WAA Wackersdorf. Mit der französischen Alternative verliert das bayerische Bauprojekt seine wirtschaftliche Grundlage. Die Ankündigung gilt deshalb als entscheidender Schritt auf dem Weg zum endgültigen Baustopp.

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

18. September 2010 – Der Probetrieb für die neue Bier-Ringleitung beginnt

München-Theresienwiese * Der Probetrieb für die neue Bier-Ringleitung im Winzerer-Fähndl-Festzelt beginnt. Gleichzeitig mit den Fundamenten für das neue Zelt wurde auch die unterirdische Bierleitung gelegt. Die Anlage ist 300 Meter lang und verläuft in einem großen Quadrat gut einen Meter unter dem Zeltboden. Wenn die Leitung gefüllt ist, befinden sich insgesamt 2.400 Liter Bier darin. Die Fließgeschwindigkeit ist minimal, damit kein Schaum entsteht. Es gibt nur eine einzige Einfüllstelle an der nordöstlichen Ecke des Rohrquadrats. Die neuen Behälter für die Zentralversorgung lassen sich in einer Stunde auffüllen. Der Weg des Bieres ist eine Wissenschaft für sich. Er beginnt in der Paulaner Brauerei, wo es bei minus ein Grad in Tankwagen gefüllt wird. Mit etwa null Grad kommt es am Winzerer-Fähndl-Festzelt an, wo es in die drei Riesentanks mit je 28.000 Liter gefüllt wird. Dort kann der Gerstensaft noch zwei oder drei Grad wärmer werden, bevor er in die unterirdische Leitung fließt. Die Rohre haben einen Durchmesser von 10 Zentimeter für den Bier-Durchfluss, umschlossen von einer 20 Zentimeter dicken Dämmung. Die letzten vier bis sechs Meter zur Schenke kommt noch ein zusätzlicher Durchlaufkühler hinzu, damit der Gast seine Mass Bier mit einer anständigen



Temperatur von sechs bis sieben Grad bekommt.
